

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: 2025/MC/112-1
Federführend: BSW/Die Linke	Status: öffentlich Datum: 01.12.2025 Verfasser: BSW/ Die Linke FBL: BSW/ Die Linke
Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2025/MC/112 Antrag der BSW/Die Linke-Fraktion: Bundeswehr-Informationsveranstaltungen an städtischen Schulen	
Behandlung	Termin Beratungsfolge
Nichtöffentlich	02.12.2025 Hauptausschuss der Stadt Malchin
Öffentlich	17.12.2025 Stadtvertretung der Stadt Malchin

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung beschließt folgende geänderte Fassung des Antrags vom 15.10.2025:

Die Stadtvertretung beauftragt den Bürgermeister die Landesregierung aufzufordern sicherzustellen, dass im Zuge der Überarbeitung der Inhalte und Schwerpunkte der politischen Bildung an unseren Schulen ausgewogen, umfassend, politisch neutral und transparent über die Notwendigkeit der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes informiert und diskutiert wird, Meinungsvielfalt akzeptiert, Toleranz und Pluralität gefördert werden.

Dazu gehört unter anderem, dass neben den Jugendoffizieren der Bundeswehr auch Friedensinitiativen, andere nichtpolitische Organisationen und Initiativen gleichberechtigt Zugang mit ihren politischen Bildungsangeboten an unsere Schulen erhalten.

Sach- und Rechtslage:

Ziel unseres Appells ist es, die notwendige und gewünschte zivilgesellschaftliche Diskussion zur politischen Bildung an unseren Schulen auf eine breite (Themen) Basis zu stellen.

Vor dem Hintergrund, dass es eine Schulgesetzänderung geben soll, erachten wir es als außerordentlich wichtig die Landesregierung dahingehend zu bestärken, dass politische Bildung in einer demokratischen Gesellschaft wichtig ist. Sie ist der Grundpfeiler von Meinungsvielfalt, Pluralität, umfassender Aufklärung und Bildung sowie Grundlage für künftiges politisches Engagement oder eine Tätigkeit im Ehrenamt.

Auf Grund der aktuellen politischen Weltlage ist es wichtig, die politische Bildung an unseren Schulen neu auszurichten, die Schwerpunkte neu zu definieren. Grundlage ist unsere demokratische freiheitliche Grundordnung auf Basis des Grundgesetzes.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine Angaben

Anlagen:

Änderungsantrag Fraktion BSW/ Die Linke